

Europas Richter für Gen-Patente?

Der Europäische Gerichtshof wird die Klage der Niederlande, Italiens und Norwegens gegen die umstrittene Bio-Patent-Direktive der EU höchstwahrscheinlich abweisen. Der Generalanwalt des Gerichtshofes, Francis Jacobs, erklärte in seinem Schlussantrag, die Klage der drei Länder sei juristisch unbegründet. Jacobs räumte zwar ein, dass die Klage auf berechtigten ethischen Anliegen basiere. Grundsätzlich in Frage gestellt hat der Generalanwalt des EuGH die Patentierbarkeit von Genen und lebenden Organismen jedoch nicht, so Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg.

Mit der Bio-Patent-Direktive wird in Europa die Vergabe von Patenten auf lebende Organismen erlaubt. Biotechnik-Firmen könnten demnach künftig Monopolrechte auf einzelne Gene, Teile des menschlichen Körpers, auf Tiere, Pflanzen und Saatgut erhalten.

Dr. Kissinger and Mr. Hyde

Die Kulturzeitung "Lettre Internationale" widmet über 30 großformatige Seiten ihrer Sommerausgabe Henry Kissinger. Es handelt sich um eine Übersetzung jenes Artikels im US-Magazin Harper's, der die Diskussion über die Verantwortung des legendären Staatsmannes für Kriegsverbrechen ausgelöst hat. Obwohl die Materie komplex ist, bewirkt der lebendige Stil Christopher Hitchens, dass man den Darstellungen der Ereignisse in Vietnam, Chile und anderswo mit Interesse folgt. Darüber hinaus ist seine Anklageschrift gegen Kissinger auch eine Art Geschichtslektion über die dunklen Seiten der Macht.

Christopher Hitchens Buch zum gleichen Thema, "The trial of Henry Kissinger", ist in französischer Übersetzung erhältlich: "Les crimes de Monsieur Kissinger", Ed. Saint-Simon.

Stress op der Strumm

Bei Stress denkt man eher an Workaholics, AkkordarbeiterInnen und Alleinerziehende als an Arbeitslose und "Penner". Letztere könnten den Tag mit süßem Nichtstun verbringen und würden das Wort Stress nicht kennen, so ein verbreitetes Vorurteil. Die neueste Ausgabe der "Stëmm vun der Strooss" stellt das Phänomen aus der Sicht jener Menschen dar, die am Rande der Gesellschaft auf der Straße leben. Die Beiträge sind aus dem Leben gegriffen, aber leider etwas platt - dafür immerhin mit Humor gewürzt.

Die Zeitschrift kann bestellt werden unter der Telefonnummer 49 02 60 -1.

Te Deum: Comme chaque année...

L'association "Liberté de conscience" rappelle sa revendication que le traditionnel Te Deum de la Fête nationale soit aboli. "Tous les citoyens non catholiques se sentent profondément discriminés et exclus." Puisque la démocratie exige la stricte neutralité de l'Etat face à toutes les croyances et convictions philosophiques, il faudrait éviter toute représentation officielle au Te Deum. Selon l'association, il est nécessaire de repenser la célébration officielle de notre Fête nationale, afin de respecter le pluralisme dans notre société. "L'année passée un premier pas a été fait par la ville d'Esch/Alzette [qui n'a pas organisé de Te Deum à cette occasion] et ce changement a été favorablement accueilli." Gageons que l'appel du seigneur sera, cette année aussi, plus entendu par nos représentant-e-s officielles que l'appel de Libco.

La pilule qui tue

Il y va fort, le bulletin "Den Insider" visant à informer les jeunes sur les dangers du tabac. Sauf qu'il n'informe plus vraiment, mais y va surtout à coup de phrases choc, avec un message principal ridicule: "Fumer c'est pas cool." Exemple percutant extrait du dernier numéro: "Rauchen hat auch mit Sex zu tun. Rauchen + Pille = explosiv: Hohe Gefahr für Gefäßthrombosen, Gehirnblutungen und Herzinfarkt. Rauchen kann zu Erektionsstörungen führen. Rauchen vermindert die Fruchtbarkeit. Aufgepasst: Das heißt nicht, dass Rauchen als Verhütungsmittel wirkt." Comme quoi, les problèmes sexuels, c'est un sujet fumant.

LESERBRIEF

Militärauftritt im LTNB

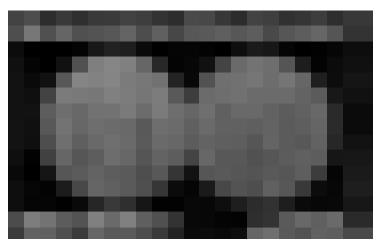
Hauptmotiv der Propagandakampagne "Armee, ein Job mit Zukunft".

Ein Lehrer zeigt sich zutiefst schockiert über den Missbrauch der öffentlichen Schule für militärische Propaganda-Zwecke.

Sie rücken an, fünf starke Männer in Tarnkleidung ... Ein KFOR-Panzerfahrzeug bezieht Stellung im Schulhof, während nach und nach ein überdimensionierter Propagandastand das Foyer der Schule fast vollständig ausfüllt. Target sind die 9e-SchülerInnen, welche, beeindruckt von soviel Stärke und Überzeugungskraft, für eine Armeekarriere gewonnen werden sollen.

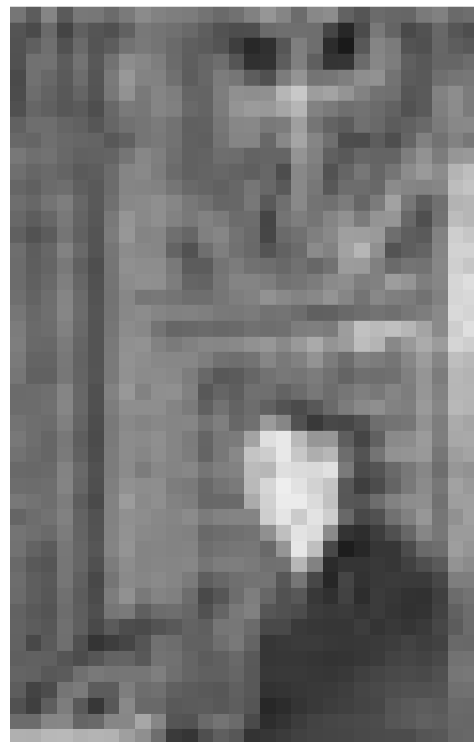
Science-fiction? Leider nicht, sondern beschämende Wirklichkeit im Lande Luxemburg, am Dienstag, dem 12. Juni, im Düdelinger Lycée technique Nic Bieber - und an manchen anderen Tagen dieses Jahres in anderen Sekundarschulen.

Das Problem: seit die zukünftigen Polizisten sich nicht mehr auf dem Herrenberg dem Militärdress unterwerfen müssen, sondern eine Ausbildung in einer zivilen Polizeischule erhalten, hat



Aufkleber der Gegenkampagne von "déi Lénk".

Lors de sa visite officielle en Autriche, Jean-Claude Juncker a noté avec satisfaction le retour à la "stricte normalité" des relations entre le Luxembourg et l'Autriche. Il aurait même qualifié ces sanctions de l'UE d'erreur. Et Ben Fayot n'a pas perdu de temps pour en faire une question parlementaire: "J'aimerais dès lors savoir de Monsieur le Premier Ministre - s'il regrette l'approche que le gouvernement luxembourgeois a adoptée lors de l'annonce de l'éventualité d'une participation du FPÖ à une coalition gouvernementale en Autriche (Conseil de gouvernement du 28 janvier 2000) - s'il désapprouve ou remet en cause (16 mois plus tard) la décision de l'UE de suspendre les contacts officiels avec le gouvernement autrichien? - dans l'affirmative, quels sont les éléments ayant conduit à ce revirement d'opinion?" Serait-ce qu'il s'adapte au vent qui tourne ...



(photo: Tom Wagner/SIP)

die luxemburgische Freiwilligenarmee viel Mühe und Not, ihr NATO-Kontingent aufzufüllen. Die Lösung: sich nicht mehr damit zufrieden geben, über die "Services de psychologie et d'orientation scolaire" (SPOS) der einzelnen Schulen Herrenberg-Besuche für InteressentInnen zu organisieren, sondern besser direkt in jede Schule einzurücken, damit auch keine(r) der 15- bis 16-jährigen den militärischen Show-Effekten entgehen kann!

Das ist das neue, aggressive Marketing von Seiten unseres, den Menschenrechten ach so verbundenen Armeeministers Charel Goerens! Luxemburg hat zwar im September 2000 das Zusatzprotokoll zur UNO-Kinderkonvention von 1989 unterschrieben, durch das die Altersgrenze für die Armeemitgliedschaft auf 18 Jahre heraufgesetzt wurde, wendet dieses aber nicht bei der Rekrutierung sondern nur beim Kampfeinsatz an - und scheut sich nicht, im Jahr darauf mit großem Aufwand in die Schulen einzudringen.

Eine weitere Marketing-Masche wird auf den Plakaten und einem für die SchülerInnen bestimmten Mousepad deutlich: die Armee präsentiert sich als

friedenstiftenden Wohltätigkeitsverein ("Asetz an Hëllef am Dénsgcht vum Fridden") und verspricht "eng Schoul fir d'Liewen", "een Job mat Zukunft".

Drill und Kriegsführung, das eigentliche A und O des Militärs, werden den anvisierten Jugendlichen dabei natürlich verschwiegen, genau wie das Risiko, dass sie vielleicht später bei Kriegs-, Entschuldigung, ... Friedenseinsätzen auf andere Menschen schießen müssen oder das eigene Leben in Gefahr bringen.

Ich bin zutiefst schockiert über den Propagandaauftritt, der an meiner Schule und wohl an vielen anderen unseres Landes abließ. Hier wurden mit großem Aufwand Jugendlichen, die beinahe noch Kinder sind, Dinge vorgegaukelt, deren Bedeutung sie, so fürchte ich, nicht ermessen können. Als Lehrer halte ich es für meine Aufgabe, diesen Missbrauch unserer öffentlichen Schule für militärische Zwecke anzuprangern und die Jugendlichen, die mir anvertraut sind, gegen jede Desinformation zu schützen. Die Armee ist kein Betrieb wie ein anderer; Rekrutierungsmaßnahmen für das Soldatenhandwerk haben deshalb meiner Meinung nach nichts im Rahmen des Schulbetriebs zu suchen!

Wer auch dieser Meinung ist, kann dies mitteilen unter guy.foetz@ci.educ.lu.

Guy Foetz

Der Colonel hat Sorgen

(RK) - "Unser großes Problem ist das 'effectif'", klagte Colonel Lenz beim Pressebriefing vergangenen Dienstag auf dem Herrenberg. Schon jetzt fehlten 180 SoldatInnen, und das alte Modell, das Freiwilligen einen Staatsbeamtenposten zusicherte, sei mit der Einführung der zivilen Polizeiausbildung endgültig vom Tisch.

Dabei hat die Armee Großes vor. Charles Goerens berichtete, die NATO habe von Luxemburg Militärausgaben in Höhe von 1,4 Prozent des BIP verlangt. Diese Forderung sei auf etwa ein Prozent zurückgestutzt worden. Von dem Geld will die Regierung bekanntlich ein Flugzeug sowie ein Viertelschiff kaufen und zusätzlich die Armee massiv vergrößern und modernisieren. Sie soll flexibler, professioneller und schneller einsetzbar werden. Das sind die Qualitäten, die bei UN-Einsätzen für Friedenserhalt und Krisenbewältigung benötigt werden, aber auch die Qualitäten einer Kolonialarmee, die ein Imperium aufrecht erhalten soll.

Solchen Überlegungen widerspricht Minister Goerens energisch. Für ihn kommen nur Einsätze im Dienste des Friedens in Frage, und er möchte "garde-fous" ins neue Armeegesetz einbauen: Einsätze nur mit UNO-Mandat und Zustimmung des Parlaments. Das Wichtigste sei immer noch die Prävention, und deshalb würden die Militärausgaben nie die für Entwicklungshilfe übertreffen.

Von einer größeren Anzahl BerufssoldatInnen erwartet man sich zweierlei. Zum einen seien sie einfacher einzusetzen, wie Charles Goerens unterstrich: "Anders als die Freiwilligen müssen sie in jedem Fall dahin gehen, wo sie geschickt werden." Außerdem bietet man damit den Freiwilligen eine berufliche Zukunft in der Armee an, statt wie bisher beim Staat.

Colonel Lenz ist nicht uneingeschränkt optimistisch: "Wenn es nicht klappt mit dem Zuwachs an Rekruten, dann entstehen einige der geplanten Einheiten nicht." Um das zu verhindern soll weiterhin kräftig die Werbetrommel gerührt werden. So ist ein Informationsbüro in Luxemburg-Stadt geplant, das man ebenso spontan betreten soll "wie eine Reiseagentur" (sic). Das aggressive Marketing (siehe nebenstehenden Leserbrief) allerdings könnte, allen hehren Absichtserklärungen Charles Goerens' zum Trotz, zur Neuformung des Widerstands gegen die EU- und NATO-Aufrüstung führen.